Werner Bührer

Motive und Implikationen der Westintegration – alte Ressentiments und neue Forschungen

Rainer Zitelmann/Karlheinz Weißmann/Michael Großheim (Hrsg.), Westbindung. Chancen und Risiken für Deutschland, Propyläen Verlag, Frankfurt/Main etc. 1993, 552 S., geb., 58 DM.

Hermann-Josef Rupieper, Die Wurzeln der westdeutschen Nachkriegsdemokratie. Der amerikanische Beitrag, Westdeutscher Verlag, Opladen 1993, 456 S., kart., 76 DM.

Stefan Zauner, Erziehung und Kulturmission. Frankreichs Bildungspolitik in Deutschland 1945–1949, R. Oldenbourg Verlag, München 1994, 351 S., kart., 78 DM.

Rolf Steininger u. a. (Hrsg.), Die doppelte Eindämmung. Europäische Sicherheit und deutsche Frage in den Fünfzigern, v. Hase & Koehler Verlag, München 1993, 309 S., kart., 36 DM.

Michael Gehler/Rolf Steininger (Hrsg.), Österreich und die europäische Integration 1945–1993. Aspekte einer wechselvollen Entwicklung, Böhlau Verlag, Wien etc. 1993, 530 S., geb., 89 DM.

Gérard Bossuat, La France, l'aide américaine et la construction européenne 1944–1954, 2 Bde., Imprimerie Nationale, Paris 1992, 1042 S., kart., 399 FF.

Eckart Conze, Die gaullistische Herausforderung. Die deutsch-französischen Beziehungen in der amerikanischen Europapolitik 1958–1963, R. Oldenbourg Verlag, München 1995, 340 S., geb., 118 DM.

Lange Zeit herrschte in der wissenschaftlich-publizistischen Öffentlichkeit der Bundesrepublik weitgehend Konsens, daß die auf amerikanischen Druck und unter amerikanischer Ägide nach dem Zweiten Weltkrieg errichtete europäisch-atlantische Staatengemeinschaft den westeuropäischen Ländern wirtschaftliche Prosperität, politische Stabilität und militärische Sicherheit beschert habe; dieser »Nutzen« habe die gleichzeitigen »Kosten« vor allem in Gestalt von Autonomieverlusten bei weitem übertroffen. Gerade die Bundesrepublik habe ihre rasche politisch-moralische Rehabilitation und, als Folge, ihren wirtschaftlichen Aufstieg hauptsächlich der bereitwilligen Integration in diese entstehende Wirtschafts- und Wertegemeinschaft zu verdanken.

Diese Kosten-Nutzen-Analyse im besonderen und die Lobreden auf die Verwestlichung im allgemeinen sind nach der Wiedervereinigung von einigen »jüngeren« Historikern und Politikwissenschaftlern, assistiert von älteren, erprobten Streitern gegen »Kulturlinke« und »Achtundsechziger«, massiv in Zweifel gezogen worden. Welches Anliegen verfolgen Zitelmann, Weißmann, Großheim und ihre in dieser Beziehung besonders engagierten Mitautoren in dem ersten der hier anzuzeigenden Bücher? Als habe sie der Mut nach den

ersten Zeilen bereits wieder verlassen, erfährt der Leser gleich zu Beginn von den Herausgebern, daß es nicht darum gehe, die »westliche Orientierung« des vereinigten Deutschland in Frage zu stellen, sondern lediglich um eine nüchterne Diskussion der »Chancen und Risiken« der Westbindung, »frei von der manchmal schon fast mystischen Verklärung ›des Westens‹, wie sie nach 1945 zum Glaubensbekenntnis für viele Linksliberale und Konservative geworden« sei – mit dem Ziel, die »Utopie einer Totalwestintegration Deutschlands in einen europäischen Bundesstaat« zu verhindern (S. 15). Der Band versteht sich, mit anderen Worten, als Appell an »uns Deutsche«, »Frageverbote« und »Tabus« endlich zu überwinden und »uns« der eigenen, nationalen Interessen bewußt zu werden, ja überhaupt erst einmal ein »Verständnis für Außenpolitik« zu entwickeln.

In Ausführung dieses Programms setzen sich Panajotis Kondylis, Karl Härter, Hans-Christof Kraus und Bernd Faulenbach aus unterschiedlicher Perspektive und am Beispiel verschiedener historischer Phasen zunächst mit der These vom deutschen Sonderweg auseinander. Alle sind sich im großen und ganzen einig in der Ablehnung dieser These, schon weil es keinen »Normalweg« gebe. Immerhin konzediert Faulenbach, daß die deutsche von der keineswegs einheitlichen westeuropäischen Entwicklung doch signifikant abweiche; das eigentliche Problem sieht er darin, daß der deutsche Weg »national überhöht« worden sei (S. 111). Die anderen drei Autoren attackieren die Sonderwegsthese hingegen als, so Kondylis, »Übernahme und Theoretisierung der von den Siegern beider Weltkriege in polemisch-ideologischer Absicht konstruierten und propagierten Auffassungen über Charakter und Verlauf deutscher Geschichte« (S. 62), welche die Deutschen nur daran hinderten, »etwas mehr« Selbstbewußtsein zu entwickeln und sich auf ihre »langfristigen Interessen als Großmacht in der Mitte Europas« zu besinnen (Kraus, S. 89). Der zweite Teil des Buches ist dem Thema »Westintegration und Wiedervereinigung« gewidmet. Im Mittelpunkt der Aufsätze von Christian Hacke, Karl-Eckhard Hahn, Rainer Zitelmann, Ingolf Doler, Eckhard Jesse und Heinz Brill steht die oft diskutierte Frage nach den Chancen für einen »dritten Weg« insbesondere im ersten Nachkriegsjahrzehnt. Während Hacke den »Primat der Westbindung« für die »alte« Bundesrepublik verteidigt, trauern vor allem Hahn und Zitelmann den deutschlandpolitischen Möglichkeiten nach, die aus nationaler Selbstaufgabe und Unterwürfigkeit gegenüber den Westalliierten verpaßt worden seien; Westbindung impliziert für letztere nicht die Verpflichtung auf freiheitlich-demokratische Werte, sondern hat lediglich instrumentellen Charakter. Daß Adenauer der Westintegration Priorität einräumte, kann man ihm vorwerfen; den Nachweis, daß dadurch die Wiedervereinigung Deutschlands schon zu einem früheren Zeitpunkt verspielt worden sei, bleiben die »jungen Neutralisten« freilich schuldig. Positiv aus dem Rahmen fallen Bernd Ulrichs Überlegungen über die »deutsche Linke und der Westen«, schon weil er auf den sonst vorherrschenden, trotzig-verbiesterten und zugleich larmoyanten Ton verzichtet. Seine Hauptthese lautet, daß die Linke ungeachtet ihrer antiwestlichen Rhetorik als »Vorhut westlicher Kultur und Gedanken« (S. 246) fungiert und längst den »Weg in den Westen« gefunden habe. Der gemäßigten Rechten – und manche Autoren des Sammelbandes dürfen sich ruhig angesprochen fühlen – wirft er in diesem Zusammenhang vor, die Wirkungen des »nationalen Selbsthasses« der Linken zu überschätzen und »in alter BRD-Tradition« damit fortzufahren, »verstaubte linke Dogmen zu bekämpfen« (S. 256).

Vielversprechend klingt die Überschrift des dritten Teils: »›Verwestlichung‹ in Kultur und Gesellschaft«. Erwin und Ute Scheuch, Eberhard Straub, Karlheinz Weißmann, Ansgar Graw, Michael Großheim und Hans-Helmuth Knütter bieten jedoch nicht die erhoffte und notwendige Analyse dieses Prozesses. Das Ehepaar Scheuch ist hauptsächlich darum bemüht, die Wirkungen des Nationalsozialismus auf die Einstellung der Deutschen zu bagatellisieren, Straub (miß)versteht »den Westen« als eine Art »Religionsersatz« (S. 324), Weißmann erschauert vor dem »unvorstellbaren nationalen Fiasko«

(S. 344) des Jahres 1945 und feiert das Ende der sozial- und regionalgeschichtlichen »Engführung« der Historiographie (S. 358), Graw macht sich für die Rekonstruktion »nationaler Identität« als »Aufgabe der Gegenwart« stark (S. 379), und Knütter tröstet sich angesichts wachsender »Deutschfeindlichkeit im westlichen Ausland« damit: »Wer mächtig, einflußreich, wohlhabend und stark ist, erweckt nicht nur Bewunderung, sondern auch Neid, Mißgunst und Haß« (S. 432). Zum Schluß des Bandes werden die Perspektiven der deutschen Außenpolitik erörtert. Neben sachlichen Analysen der durch den Umbruch von 1989 veränderten Lage von Karl Schlögel und Karl Feldmeyer stehen Ludwig Watzals hysterische Abrechnung mit dem »Irrweg von Maastricht«, der großspurige Appell Tilmann Mayers an die beiden »größten europäischen Nationen«, Rußland und Deutschland, »die Zeit der Wirren nach dem Zusammenbruch der kommunistischen Epoche durch Kooperation zu stabilisieren« (S. 514), und Jochen Thies' in die gleiche Richtung zielendes Resümee, Deutschland müsse, da der Nationalstaat in Europa »noch lange Zeit der entscheidende Akteur sein« werde (S. 530), seine »machtpolitische Zurückhaltung aufgeben und Schritt für Schritt Verantwortung im globalen Rahmen übernehmen« – immerhin »ohne seine Sensibilität für die eigene Vergangenheit zu verlieren« (S. 535).

Die Beiträge des Bandes hinterlassen, von wenigen Ausnahmen abgesehen, einen äußerst zwiespältigen Eindruck. Über die Chancen der Westbindung erfährt der Leser nur wenig, sehr viel dagegen über die Risiken. Die Hauptgefahr sehen die meisten Autoren in der Verhinderung einer »normalen« nationalen Interessenpolitik; bemerkenswert und irritierend ist diese Sorge vor allem deshalb, weil die übrigen europäischen Nationen nach Ansicht dieser »jüngeren« Historiker und Politologen durch die Einbindung offenbar nicht in gleicher Weise tangiert werden. An die Stelle nüchterner Analyse treten oft alte Ressentiments gegen »den Westen« oder pauschale Vorwüfe an die Adresse »der Westmächte«, der »Kulturlinken«, der »herrschenden intellektuellen Kaste« oder »der Achtundsechziger«. Verschwörungstheorien dieser Art sind zwar in rechten Kreisen sehr beliebt, aber denkbar ungeeignet, um zu einem realistischen Verständnis der Vor- und Nachteile der Westintegration zu gelangen.

Nun hat es zweifelsohne Versuche der Besatzungsmächte gegeben, die Deutschen »umzuerziehen«. Wie die Amerikaner dabei vorgingen, welche Ziele sie im einzelnen anstrebten und welche Erfolge sie am Ende verzeichnen konnten, zeigt die auf der Auswertung der einschlägigen amerikanischen Akten basierende Studie von Rupieper. Das Programm der »reeducation« oder, wie es später bescheidener hieß, der »reorientation« umfaßte »nicht nur die Beseitigung des Nationalsozialismus im ökonomischen, politischen und kulturellen Leben und Bewußtsein der deutschen Bevölkerung«, sondern auch die »Auseinandersetzung mit tradierten Normen, die Eliminierung des Nationalismus und Militarismus, die Beseitigung von autoritärem Denken und die Auflösung von weiteren vermeintlich typisch deutschen Verhaltensmustern durch eine allgemeine Reform der Gesellschaft analog den eigenen demokratischen Erfahrungen und Traditionen« (S. 8). Dieses ehrgeizige Vorhaben konnte freilich nur teilweise verwirklicht werden. Rupieper stellt vier wichtige Zielgruppen bzw. Bereiche ausführlich dar – die Jugend im Zusammenhang mit dem Bildungssystem, den öffentlichen Dienst, die Frauen und die Gewerkschaften; knappe Darstellungen der Aktivitäten gegenüber der Bürger- und Menschenrechtsbewegung, den Kirchen, der Polizei sowie Skizzen des Streits um die Gewerbeordnung und der Austauschprogramme runden das Bild ab. Überall konstatiert der Verfasser Liberalisierungsdruck und meist auch Liberalisierungstendenzen, wenngleich die traditionellen Kräfte und Strukturen ein beträchtliches Beharrungsvermögen bewiesen. So stuft er die Versuche, strukturelle Veränderungen des Bildungswesens und des öffentlichen Dienstes zustande zu bringen, als gescheitert ein, während sein Urteil über die inhaltliche Reform des Curriculums oder die Bemühungen um größere Transparenz der Verwaltungen günstiger ausfällt; besonders hoch schätzt er die langfristig de-

mokratisierende Wirkung des keineswegs auf die akademische Sphäre beschränkten Austauschprogramms ein. Anfang der 1950er Jahre, so Rupiepers Fazit, konnten kaum noch Zweifel bestehen, daß eine freiheitlich-demokratische Grundordnung etabliert worden war, auch wenn sie sich »nicht so weit von deutschen Traditionen entfernt hatte«, wie von manchen Reformern erhofft, und »eher liberal-konservative als liberal-progressive Züge« trug (S. 426). Die gründliche Arbeit Rupiepers entlarvt die gängige, auch im oben besprochenen Sammelband zu findende Behauptung, die Amerikaner hätten den Besiegten die Demokratie aufgezwungen, ebenso als falsch wie das Bild von den Deutschen, die sich widerstandslos hätten umerziehen lassen.

Verwestlichung wird meist mit Amerikanisierung gleichgesetzt. Daß damit der Anteil Frankreichs an den Umerziehungsversuchen zu Unrecht unterschlagen wird, verdeutlicht Zauners Arbeit über die französische Bildungs- und Kulturpolitik während der Besatzungszeit. Als Quellenbasis dienten ihm hauptsächlich Akten des französischen Außenministeriums und der Militärregierung sowie Unterlagen aus dem Staatsarchiv Sigmaringen und dem Tübinger Universitätsarchiv. Im ersten Teil des Buches werden Grundlagen und Traditionen französischer Kulturpolitik geschildert. Ähnlich wie in Washington war man auch in Paris überzeugt, »daß die Umerziehung der Deutschen – verstanden als tiefgreifender Wandel ihrer Mentalität, als Heilung vom großdeutschen Wahn – ein äußerst schwieriges, jedoch lebensnotwendiges Unterfangen sei, von dem Frankreichs Schicksal abhänge« (S. 40). Sicherheitspolitische Ziele waren, mit anderen Worten, zunächst vorherrschend. Und obgleich die Praxis oft anders aussah, bauten die Verantwortlichen dabei ebenfalls in steigendem Maße auf die »freiwillige Zustimmung« der Deutschen. Der zweite Teil behandelt die Umsetzung dieses Vorhabens, die unterschiedlichen Konzeptionen und das Kompetenzgerangel zwischen den beteiligten Stellen in Paris und Baden-Baden; besondere Aufmerksamkeit genießt dabei der einflußreiche Erziehungs- und Kulturdirektor für die Besatzungszone, Raymond Schmittlein. Eingehend untersucht Zauner Jugend-, Schul-, Hochschul- und Kulturpolitik. Seine Bilanz fällt im großen und ganzen negativ aus; grundlegende Reformen konnten in keinem dieser Bereiche durchgesetzt werden. Neben Differenzen auf französischer Seite macht der Autor dafür die zwischen offenem Widerstand und geschickter Hinhaltetaktik wechselnde, zunehmend selbstbewußter werdende deutsche Gegenwehr verantwortlich. Auch er widerspricht somit der Behauptung, die Deutschen hätten sich den Wünschen und Anordnungen der Besatzungsmacht bereitwillig untergeordnet. Zumindest gegen Ende der Besatzungszeit hatte sich, wie Zauner zeigen kann, überdies auch in maßgeblichen französischen Kreisen die Erkenntnis Bahn gebrochen, daß, so Schmittlein in einer Denkschrift vom Mai 1949, »das deutsche Volk aufgrund seines Zivilisationsgrades und seiner Zugehörigkeit zur westlichen Gemeinschaft« ebenso fähig sei wie die anderen Nationen, »ein demokratisches Ideal zu entwickeln« (S. 135).

Konzentrieren sich die Arbeiten von Rupieper und Zauner auf die Demokratisierungsbemühungen jeweils einer Besatzungsmacht, behandeln Steininger und seine Mitautoren die Integration Westdeutschlands im größeren Kontext der europäischen Sicherheit. Obwohl darunter zunächst einmal Sicherheit *vor* Deutschland verstanden wurde, ehe das Ziel der Eindämmung der Sowjetunion an die erste Stelle rückte, belegen insbesondere die Aufsätze von Manfred Görtemaker über John Foster Dulles und die Westintegration der Bundesrepublik, von Saki Dockrill über Großbritanniens Haltung zur deutschen Wiederbewaffnung und von Thomas Schwartz über die USA und das Scheitern der EVG, daß die Deutschlandpolitik der westlichen Besatzungsmächte nie einseitig auf Bestrafung und Kontrolle ausgerichtet, sondern schon frühzeitig auf eine tendenziell gleichberechtigte Mitwirkung der Deutschen an der wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Reorganisation Westeuropas angelegt war. Voraussetzung dafür war – so Dulles, der von 1953 bis 1959 als amerikanischer Außenminister amtierte –

»eine neue europäische Ordnung, die unter dem Primat der Integration nationale Gegensätze überwand, den Teufelskreis von Haß und Krieg durchbrach und somit einen dauerhaften Frieden ermöglichte« (S. 21). Auch die anderen europäischen Staaten mußten also, mehr oder weniger freiwillig, Souveränitätseinbußen hinnehmen – eine Tatsache, die in dem aufgeregten Lamento über eine vermeintlich »antideutsche« Politik der Westmächte häufig untergeht. Überdies blieb der Bundesrepublik, wie Robert M. Spaulding in seinem Beitrag über die Wirtschaft als Instrument deutscher Politik in Osteuropa nachweist, immer noch die Möglichkeit, ihre Ziele mit wirtschaftsdiplomatischen Mitteln zu verfolgen. Wenn nun, wie ein österreichischer Beobachter vor dem Hintergrund der Beratung über die deutsche Wiederbewaffnung feststellte, das Gewicht der deutschen Wünsche in Washington so groß war, daß »alle die Interessen Bonns berührenden Fragen so vorsichtig wie ein rohes Ei« behandelt werden mußten (S. 141) – hat insbesondere der Bundeskanzler dann wirklich alles versucht, um die Einheit Deutschlands wiederherzustellen? Hätte es eine »Österreichlösung« auch für die Deutschen geben können? Mit diesem in der Forschung nach wie vor kontrovers diskutierten Problem setzen sich Günter Bischof und Steininger auseinander. Selbst wenn man konzediert, daß die Ost- und Wiedervereinigungspolitik Adenauers, verglichen mit seiner Westpolitik oder der Politik der österreichischen Regierung, Kreativität und Hartnäckigkeit vermissen ließ, deuten doch viele Anzeichen darauf hin, daß eine Neutralisierung Deutschlands kaum praktikabel gewesen wäre. Man könne zwar, so soll sich ein Vertrauter Chruschtschows geäußert haben, »das kleine Österreich auf Vertragsbasis neutral halten, nicht aber das ungleich größere Potential der Deutschen«; auch der Staatssekretär im Bonner Auswärtigen Amt, Hallstein, vermochte im Weg Österreichs kein »Muster« zu sehen, da in Deutschland die geographischen und strategischen Voraussetzungen »ganz anders« seien (S. 162). Daß Adenauer die »ganze österreichische Schweinerei« (S. 204) außerdem zutiefst verabscheute, fiel demgegenüber nicht mehr so stark ins Gewicht. Immerhin belegt der österreichische Fall, daß eine eigenständige Politik trotz Westintegration möglich war.

Welche Prioritäten Österreich setzte und warum sich das Land am Ende doch der Europäischen Union anschloß, ist das Thema des ebenso informativen wie umfassenden Sammelbandes von Gehler und Steininger über Österreich und die europäische Integration seit 1945. Anders als für die maßgeblichen Kreise in der Bundesrepublik rangierte für den südöstlichen Nachbarn, das wird in mehreren Beiträgen deutlich, territoriale »Integrität vor Integration« (S. 16). Die Maxime lautete, wie Florian Weiß in seinem Beitrag über die österreichische Integrationspolitik von 1947 bis 1957 herausstreicht, »sich im wirtschaftlichen Bereich von supranationalen Formen und im politischen und militärischen Bereich von allen Formen der Integration« fernzuhalten (S. 47). Es waren indes nicht allein politische Gründe, die Zurückhaltung geraten erscheinen ließen; vielmehr verboten auch ökonomische Strukturschwächen eine zu rasche Anpassung zunächst an die Liberalisierungspolitik im Gefolge des Marshallplans und später an die Montanunion und die EWG. Umgekehrt gaben später, so das Ergebnis der Untersuchung Gregor Leitners über Österreichs Weg nach Brüssel, in erster Linie ökonomische Gesichtspunkte den Ausschlag für den Beitrittsantrag. Das zweite Kapitel befaßt sich mit dem Verhältnis zur Bundesrepublik, zu Frankreich, Großbritannien, Italien und zur Schweiz. Jürgen Nautz, der die deutsch-österreichischen Beziehungen behandelt, kommt zu dem Schluß, »daß die Außenhandelsintegration Österreichs in den Wirtschaftsraum der EWG fast ausschließlich vom Handel mit der Bundesrepublik getragen« wurde (S. 163). Diese Verflechtung mit der westdeutschen und anderen westeuropäischen Volkswirtschaften habe zwar Abhängigkeiten geschaffen, »gleichzeitig aber die deutlich positive wirtschaftliche Entwicklung der Zweiten Republik entscheidend getragen« (S. 167). Daß man in Paris diese Entwicklung aus Furcht vor einem »Anschluß durch Integration«

(S. 192) argwöhnisch verfolgte, ohne sie letzten Endes konterkarieren zu können, zeigt Thomas Angerer in seinem Aufsatz über die französische Haltung in der Frage der europäischen Einbindung Österreichs, während Günther Pallaver den bis Ende der 1960er Jahre anhaltenden, zähen italienischen Widerstand gegen eben diese Einbindung schildert.

Hat das Land trotz Westintegration seine Interessen gewahrt? Die meisten Autoren des Sammelbandes bejahen diese Frage: Die nationalpolitischen Interessen seien trotz, die wirtschaftlichen sogar nur dank der Integration verwirklicht worden. Lediglich Günter Bischof widerspricht in seinem Beitrag diesem Konsens, indem er Österreichs Status in den Beziehungen zu den USA mit dem einer »Bananenrepublik« vergleicht (S. 450) und sich darüber mokiert, daß die »zunehmende Westorientierung der österreichischen Bevölkerung« wohl weniger auf ihre »Verbundenheit mit den hochkulturellen Schätzen ›westlicher Zivilisation‹« als vielmehr auf ihren »tiefsitzenden Antikommunismus« zurückzuführen sei (S. 427). Daß dieses letzte Motiv tatsächlich so übermächtig gewesen sein soll, erscheint nach der Lektüre des Bandes wenig plausibel; eher dürfte die Hoffnung auf wirtschaftliche Prosperität die Option für Europa erklären.

Ein anderes wichtiges Beispiel zur Untersuchung der Implikationen des Integrationsprozesses ist Frankreich. Mit den Auswirkungen des Marshallplans und der europäischen Einigung auf die französische Eigenständigkeit beschäftigt sich die nicht nur durch ihren Umfang beeindruckende Studie von Bossuat. Das auf der Auswertung zahlreicher staatlicher und privater französischer Archive fußende Werk ist in vier große Teile gegliedert: Im ersten beschreibt Bossuat die »stagnierende Modernisierung« der Jahre 1944–1947, die Reaktion auf den Marshallplan und die Anfänge der europäischen Kooperation. Der zweite Teil analysiert den Zusammenhang zwischen dem »European Recovery Program« (ERP) und der Modernisierung der französischen Wirtschaft unter Einschluß der »territoires d'outre-mer«, im dritten geht es um das ERP und die institutionellen Anfänge der europäischen Einigung von der Gründung der OEEC bis zum Schumanplan. Im abschließenden vierten Teil untersucht der Autor die amerikanische Militärhilfe und die weltpolitische Rolle Frankreichs. Sein in unserem Zusammenhang wichtigstes Ergebnis lautet: »Les thèses extrêmes qui parlent d'une vassalisation de la France sont fausses« (S. 906). Dies bedeutet freilich nicht, daß der französische Handlungsspielraum nicht eingeschränkt worden wäre. Insbesondere in der Politik gegenüber dem Ostblock, aber auch in der Kolonialpolitik mußten amerikanische Wünsche und Vorstellungen berücksichtigt werden. Daneben existierte jedoch ein breites Spektrum gemeinsamer außenpolitischer und wirtschaftlicher Interessen. Bossuat zieht deshalb nicht nur in finanzieller Hinsicht eine positive Bilanz, sondern im großen und ganzen auch unter politischen Gesichtspunkten. Die moderate Amerikanisierung begreift er nicht als Oktroi: »L'américanisation de la société française était dans l'air du temps« (S. 906).

Wie wenig sich vor allem das Frankreich de Gaulles durch die westliche Hegemonialmacht beeindrucken ließ, zeigt das Buch von Conze. In seiner hauptsächlich auf amerikanische Akten gestützten Arbeit geht es um die deutsch-französischen Beziehungen im Kontext der amerikanischen Europa- und Integrationspolitik. Conze weist nach, daß die zunächst eher »selbstlose« amerikanische Integrationspolitik seit 1961/62 angesichts eines wachsenden heimischen Zahlungsbilanzdefizits in zunehmendem Maße darauf achtete, daß die Europäische Gemeinschaft die amerikanischen Interessen respektierte: »Aus Hegemonialwillen war Hegemonialzwang geworden« (S. 297) – eine Entwicklung, die de Gaulles Anspruch auf die kontinentaleuropäische Vormachtstellung Frankreichs zu gefährden drohte, die aber auch die Bundesrepublik tangierte. Im Kern ging es um das »amerikanische Durchsetzungsvermögen gegenüber zwei europäischen Staaten, von denen der eine aus prinzipiellen Erwägungen jeder Form der Fremdbestimmung entgegentrat, der andere auf Grund seines zunehmenden Gewichts und politischen Selbstbe-

wußtseins in Einzelfragen eine Position zu behaupten suchte, die nicht, wie vielfach in den fünfziger Jahren, mit der der Bündnisvormacht identisch war« (S. 237). Der französische Staatspräsident setzte sich gegen die amerikanische Politik zur Wehr; einer der spektakulärsten Gegenzüge war sein Veto gegen den britischen Beitritt zur EWG im Januar 1963. In der Bundesrepublik, die sicherheitspolitisch sehr viel stärker von den USA abhängig war, stieß dieser Kurs dennoch nicht nur auf Ablehnung: Den Streit zwischen »Atlantikern« und »Gaullisten« behandelt der Autor ausführlich; erstere konnten diese Kontroverse mit der Präambel zum deutsch-französischen Vertrag schließlich zunächst zu ihren Gunsten entscheiden. Dies als Ausdruck mangelnden nationalen Selbstbewußtseins zu werten, wäre indes verfehlt: Vielmehr glaubten die »Atlantiker«, zur Durchsetzung der deutschen Interessen auf den Beistand der USA nicht verzichten zu können.

Eine vorurteilslose Analyse der Chancen und Risiken der Westbindung zeigt, daß von einer Unterdrückung nationalstaatlicher Interessenpolitik, von einer »Verklärung des Westens« oder »Tabuisierung der Integration« keine Rede sein kann. Eine Rückkehr zu einstigen machtpolitischen Gepflogenheiten ist bislang freilich verhindert worden. Eine solche Möglichkeit wäre indes – im Gegensatz zum Verständnis unserer »jüngeren« Historiker und Politologen – unter die Risiken zu subsumieren. Alles in allem, dieses Fazit läßt sich aus der Lektüre der vorgestellten Bücher ziehen, waren und sind die Chancen oder Vorteile der Integration weitaus größer als die Risiken.